

BERLIN AKTUELL



Newsletter der MdBs

Bärbel Bas
Mahmut Özdemir

Für Duisburg in Berlin



IMPRESSUM

HERAUSGEBER/ V.I.S.D.P.: BÄRBEL BAS, MDB/ MAHMUT ÖZDEMİR, MDB

REDAKTION: JOHANNES JIANG, MANUEL REIß

LAYOUT & DESIGN: JOHANNES JIANG

PLATZ DER REPUBLIK 1, 11011 BERLIN

Texte werden z.T. über die SPD-Bundestagsfraktion bezogen.

www.baerbelbas.de

www.oezdemir-fuer-duisburg.de



SPD
BUNDESTAGS
FRAKTION

Berlin Aktuell

Newsletter der Bundestagsabgeordneten
Bärbel Bas & Mahmut Özdemir
Ausgabe I/2014 – 20.01.2014

Liebe Leserinnen und Leser,

nun geht es richtig los. Die SPD-Fraktion hat die Ausschussmitgliedschaften verteilt, einhellig ihre Sprecherinnen und Sprecher gewählt und auch die Ausschussvorsitze sind geklärt. Die parlamentarische Arbeit kann beginnen.

Wir wollen nun zügig die wichtigsten Vereinbarungen des Koalitionsvertrages umsetzen. Besonders die Reform des EEG drängt, ebenso wie das Rentenpaket. Mit letzterem wollen wir den Menschen helfen, die lange und hart gearbeitet haben. Dafür Geld in die Hand zu nehmen, ist eine Frage der Gerechtigkeit.

Weiterhin Druck wird die SPD-Fraktion machen bei einem Nicht-Spionage-Abkommen mit den USA. Wir werden nicht akzeptieren, dass Regierungsangehörige, aber auch unbescholtene Bürgerinnen und Bürger belauscht und ausgeforscht werden.

Viel Spaß beim Lesen wünschen

Bärbel Bas, MdB

Mahmut Özdemir, MdB



BERLIN AKTUELL I/2014

Inhaltsverzeichnis Durch Doppelklicken auf den Titel springt das Dokument an die jeweilige Stelle.

TOP-THEMA: RECHTSPOLITIK Bundestag debattiert Karenzzeiten	3
GREMIEN Ausschussvorsitzende und AG-Sprecher/innen gewählt	4
GEHEIMDIENSTE Vertrauen nach NSA-Affäre wiederherstellen	5
EU Europa als Problemlöser wahrnehmen	6
SOZIALES Gerechtigkeitslücken in der Rente schließen	8
BILDUNG Impulse für die Bildungspolitik aus der Pisa-Studie 2012	10

TOP-THEMA

RECHTSPOLITIK

Bundestag debattiert Karenzzeiten

Die Frage, ob es sie geben soll, ist im Parlament nicht mehr strittig, nur noch, wie lange mögliche Karenzzeiten zwischen einem Wechsel von einem Regierungsamt in die Privatwirtschaft dauern sollen. Darüber hat der Bundestag am Donnerstagmittag ausführlich diskutiert. Die Opposition verlangt Übergangsfristen von mehreren Jahren; die SPD-Fraktion plädiert für 18 Monate. Eine Übergangszeit soll verbindlich geregelt werden, die Bundesregierung soll dies nach dem Willen der SPD-Parlamentarier ausarbeiten.

Der Duisburger SPD-Abgeordnete Mahmut Özdemir stellte in seiner ersten Rede vor dem Parlament fest, dass die Forderungen von Grünen und Linken klingen wie ein Konsens von SPD-Regierungsprogramm und Koalitionsvertrag. Die nun geführte Diskussion um Karenzzeiten verberge „ihren Kern zwischen der freiheitsrechtlichen Seite der Berufsfreiheit und dem Selbstschutz und der Integrität von Regierungshandeln, aber auch der Vertraulichkeit und Beeinflussbarkeit parlamentarischer Prozesse im Deutschen Bundestag“.

Die Karenzzeit verfolge das Ziel, Erfahrungen und vor allem auch Kontakte, die im Regierungsamt erworben wurden, nicht unmittelbar gewinnbringend in die private Wirtschaft einzubringen. Andererseits dürfe eine Abstandsfrist nicht die Attraktivität von Ämtern schmälern. Karenzzeit bedeute zudem „nicht Sprech- oder Handlungsverbot“.

Er warnte davor, die Debatte zu emotional zu führen (oft gehe es um Einzelfälle, die aber parlamentarisch überprüfbar sein müssten), sondern zu schauen, dass der Schutz des



Bundestages gewährleistet, aber auch der interdisziplinäre Wechsel möglich sei. Özdemir plädiert für eine verbindliche Regelung, gehe es doch um die „Integrität des politischen Systems in Deutschland“.

Verfassungskonforme Regelung finden

Seine Kollegin Sonja Steffen sieht einen Regelungsbedarf – auch bei der Abgeordnetenbestechung –, weist aber darauf hin, dass die SPD-Fraktion in der letzten Legislatur Anträge zu diesen Themen vorgelegt hatte.

Ihr geht es besonders um die Frage, wie eine verbindliche Regelung aussehen kann, die sich von einem verfassungswidrigen Berufsverbot abgrenzt?

Steffen fragte ins Plenum, ob es auch skandalös sei, wenn ein Sozialpolitiker nach seinem Ausscheiden für eine Gewerkschaft arbeite oder eine Familienpolitikern zum Kinderschutzbund wechselt? Steffen: „Nicht jeder Lobbyismus ist Teufelszeug!“

Die Fraktionsgeschäftsführerin der SPD-Fraktion Christine Lambrecht hatte bereits zuvor gesagt: „Wir gehen davon aus, dass die Regierung zeitnah einen Vorschlag für die Übergangszeit nach dem Ausscheiden eines Mitglieds der Bundesregierung bis zur Aufnahme einer neuen Aufgabe in der Wirtschaft vorlegt. Wir tendieren zu 18, die Union zu sechs Monaten. Wir könnten uns einen Kompromiss bei zwölf Monaten vorstellen“.

SPD-Fraktionschef Thomas Oppermann konstatierte: „Wir brauchen mehr Wechsel von der Politik in die Wirtschaft und umgekehrt. Interessenskollisionen müssen aber vermieden werden. Wir sind uns in der Koalition deshalb einig, dass eine angemessene Regelung für Karenzzeiten nötig ist.“

GREMIEN

Ausschussvorsitzende und AG-Sprecher/innen gewählt

Die SPD-Bundestagsfraktion hat am 14. Januar die Vorsitzenden der sieben Ausschüsse gewählt, die von ihr in der 18. Wahlperiode geführt werden. Außerdem haben die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten entschieden, wer die Sprecherinnen und Sprecher ihrer 23 Ausschussarbeitsgruppen sind.



Bereits im Dezember hat der Deutsche Bundestag beschlossen, welche Ausschüsse in der 18. Wahlperiode eingerichtet werden. Die Ausschüsse entsprechen im Wesentlichen dem Zuschnitt der Bundesministerien. Sie leisten die inhaltliche Arbeit, bevor Gesetzentwürfe oder Anträge vom Plenum des Deutschen Bundestages beschlossen werden. In dieser Wahlperiode sind es 23 Ausschüsse. Ein zusätzlicher Ausschuss soll sich mit den Entwicklungen im Internet und der digitalen Agenda befassen. So soll Netzpolitik als Querschnittsthema im Parlament angesiedelt werden.

Sieben SPD-Ausschussvorsitzende gewählt

Ausschuss für Arbeit und Soziales: Kerstin Griese

Finanzausschuss: Ingrid Arndt-Brauer

Ausschuss für Gesundheit: Edgar Franke

Ausschuss für Kultur und Medien: Siegmund Ehrmann

Sportausschuss: Dagmar Freitag

Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur: Martin Burkert

Verteidigungsausschuss: Hans-Peter Bartels

23 Sprecher/innen von Ausschussarbeitsgruppen gewählt

Die SPD-Mitglieder der Bundestagsausschüsse bilden in der Fraktion eine entsprechende Arbeitsgruppe. Die Arbeitsgruppen leisten die politisch-inhaltliche Arbeit für die SPD-Bundestagsfraktion. Sie beraten die Gesetzentwürfe der Regierung, erarbeiten eigene Gesetzentwürfe, befassen sich mit den Parlamentarischen Initiativen der Opposition und bereiten die Ausschusssitzungen vor. Für die 23 Arbeitsgruppen hat die SPD-Bundestagsfraktion nun die Sprecherinnen und Sprecher gewählt.

GEHEIMDIENSTE

Vertrauen nach der NSA-Affäre wiederherstellen

In einer Aktuellen Stunde haben Abgeordnete des Bundestages am Mittwoch über das Anti-Spionage-Abkommen debattiert. Deutschland hat mit den Verhandlungen zum Abkommen mit den USA auf die Enthüllungen um die Ausspähaktionen der NSA reagiert. Für die SPD-Bundestagsfraktion steht fest, dass die USA auf deutschem Boden die hier geltenden Gesetze einhalten müssen.



Michael Hartmann, innenpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, betonte: „Es ist unsere Pflicht die Daten und die Bürgerrechte der Menschen in Deutschland zu schützen.“ Über diese Selbstverständlichkeiten sollte nicht verhandelt werden müssen. Daher dürfe das Abkommen jetzt auch nicht scheitern. Falls es dennoch scheitere, müsste sich Deutschland bei anderen Themen querstellen, etwa bei der Weitergabe von Fluggastdaten an die USA und dem Safe-Harbor-Abkommen. "Warum sollten wir Daten weitergeben, wenn man sich illegal über die Hintertür noch viel mehr Daten holt?", fragte Hartmann. Deutschland und die USA seien auf eine gute Zusammenarbeit ihrer Sicherheitsdienste angewiesen, die USA müssten jedoch in den kommenden Monaten lernen, stärker zu kooperieren, forderte der Innenpolitiker.

Burkard Lischka, Sprecher für Recht und Verbraucherschutz, gab an, ein drohendes Scheitern des Anti-Spionage-Abkommens beunruhige ihn, so wie ihn die Abhöraffaire beunruhige, in der seit Monaten wöchentlich neue „Ungeheuerlichkeiten“ aufgedeckt würden. An die USA adressierte Lischka den Satz, „unter Freunden sollten auch Antworten möglich sein“. Es sei inakzeptabel, dass die berechtigten Fragen aus Deutschland und Europa bislang nicht beantwortet seien.

Lischka betonte, dass ein Rechtsstaat die Überwachung von Bürgerinnen und Bürger nicht hinnehmen dürfe. Grund- und Freiheitsrechte müssten von einer Demokratie garantiert werden. Die Abhöraffaire „beunruhigt uns, soll uns aber nicht ohnmächtig werden lassen. Daher setzen wir uns auch weiterhin mit Nachdruck für ein Anti-Spionage-Abkommen ein“, schloss Lischka seine Rede.

„Es muss endlich wieder ein Primat der Politik über das Handeln der Geheimdienste geben“, forderte Lars Klingbeil in seinem Redebeitrag zum No-Spy-Abkommen. Dass auf rechtswidrigem Wege Daten aller Bürgerinnen und Bürger erhoben und ausgewertet würden, dürfe nicht akzeptiert werden, sagte der netzpolitische Sprecher der Fraktion. Die Aufgabe des Parlamentes sei es jetzt, das zerstörte Vertrauen wiederherzustellen. Ein Untersuchungsausschuss zur NSA-Affäre könne dazu einen wichtigen Beitrag leisten. Klingbeil vertraue zudem der neuen Bundesregierung, dass sie Aufklärung leisten könne. Daneben müsse jetzt ein belastbares Anti-Spionage-Abkommen geschlossen werden.



EUROPA

Europa als Problemlöser wahrnehmen

Gut vier Monate vor der Europawahl hat der Deutsche Bundestag am 17. Januar über das Arbeitsprogramm der Europäischen Union und die Herausforderungen der Europapolitik debattiert. Seit fünf Jahren prägt vor allem die Finanz- und Bankenkrise die Europapolitik, und auch, wenn es mittlerweile wie in Irland, Portugal und Spanien positive Anzeichen gibt, ist die Krise längst nicht überwunden.

Michael Roth (SPD), Staatsminister im Auswärtigen Amt, erinnerte in der Debatte an den Ausbruch des Ersten Weltkrieges vor 100 Jahren in Europa, den Überfall Polens durch Deutschland vor 75 Jahren als Beginn des Zweiten Weltkrieges und den Zusammenbruch der kommunistischen Diktaturen vor 25 Jahren. Dies sei das Fundament, auf dem ein friedliches Europa stehe, was man sich immer wieder vor Augen führen müsse.

Europa müsse zeigen, dass es die Menschen mit ihren Sorgen und Ängsten nicht allein lasse. Deshalb müsse Europa wieder vor dem Hintergrund der andauernden Krise als Problemlöser wahrgenommen werden, forderte Roth. Für die Umsetzung des Arbeitsprogramms der Europäischen Kommission bleibe nicht viel Zeit, weshalb es richtig sei, es unter das Motto „Jahr der Ergebnisse“ zu stellen. Vieles müsse noch bis zur Europawahl im Mai umgesetzt werden. Neben den notwendigen Strukturreformen gehörten dazu die Schaffung der Bankenunion, Maßnahmen für wirtschaftliches Wachstum und Beschäftigung sowie vor allem gegen die hohe Jugendarbeitslosigkeit. Roth betonte, dass Europa jedoch mehr sei als ein gemeinsamer Binnenmarkt und eine Währungsunion: „Europa ist vor allem eine Wertegemeinschaft“.

SPD-Fraktionsvize Axel Schäfer betonte, dass die SPD Europa verbessern wolle. Dabei sei es wichtig, die Vorhaben der Europäischen Union mit denen der deutschen Regierung abzugleichen. Deshalb sei es gut, dass die Rechte des Bundestages mit Blick auf europäische Entscheidungen gestärkt wurden. Diese Kooperationsrechte gelte es auch in anderen Ländern auszubauen. Zudem müssten die Bundestagsabgeordneten enger mit dem Europäischen Parlament zusammenarbeiten. Schäfer lobte vor dem Hintergrund der hohen Jugendarbeitslosigkeit in Griechenland das Vorhaben, ein Deutsch-Griechisches Jugendwerk zu gründen. Ein soziales Europa müsse der Jugend Chancen und Perspektiven geben.



Kommunen mit Armutszuwanderung nicht allein lassen

Die neu gewählte SPD-Abgeordnete Dagmar Schmidt stellte vor dem Hintergrund der aktuellen Debatte über Armutszuwanderung aus Südosteuropa klar, dass die Freizügigkeit in Europa eine der tragenden Säulen des gemeinsamen Binnenmarktes sei. Deutschlands Wirtschaft brauche qualifizierte Zuwanderung, deshalb müsse unser Land attraktiv für Zuwanderer sein. Schmidt betonte jedoch, dass Städte und Gemeinden, die Probleme mit Armutszuwanderung hätten, nicht allein gelassen werden dürften. Auch deshalb habe die SPD in den Koalitionsverhandlungen die Aufstockung des Programms „Soziale Stadt“ durchgesetzt. Zudem müsse gegen die Ausbeutung von Arbeitsmigranten vorgegangen werden.

Ängste vor Armutswanderung in Europa zu schüren, sei nicht hilfreich, sagte der neu gewählte SPD-Abgeordnete und europapolitische Sprecher der SPD-Fraktion Norbert Spinrath. Europa müsse sozialer, demokratischer und solidarischer werden. Die Bürgerinnen und Bürger müssten mehr Positives über Europa erfahren, um sich mit der Europäischen Idee zu identifizieren. Er forderte deshalb eine stärkere Kommunikation mit den Bürgerinnen und Bürgern über Europa ein.

SOZIALES

Gerechtigkeitslücken in der Rente schließen

In der Rentendebatte am Donnerstag im Deutschen Bundestag machten die Rednerinnen und Redner der SPD-Bundestagsfraktion deutlich, dass die mit der Großen Koalition vereinbarte Rentenreform wichtige Gerechtigkeitslücken schließe. „Deshalb ist es richtig, dass wir für diese Menschen Geld in die Hand nehmen“, bekräftigte SPD-Fraktionsvizein Carola Reimann.

Daniela Kolbe, SPD-Mitglied im Ausschuss für Arbeit und Soziales und Sprecherin der Landesgruppe Ost, berichtete, dass die Rentenreform Hauptthema in all ihren Bürgergesprächen sei. Das zeige, dass der Handlungsbedarf groß sei. Die Menschen wollten keine Almosen, sie wollten Respekt für ihre Lebensleistung.



Abschlagsfreie Rente mit 63 Jahren

Noch im Januar soll das Kabinett dem Rentenpaket aus dem Hause von Bundesarbeits- und Sozialministerin Andrea Nahles (SPD) zustimmen, damit das Gesetz im Frühjahr im Parlament beraten und beschlossen und dann zum 1. Juli 2014 in Kraft treten kann. Darin enthalten ist die Möglichkeit für Beschäftigte, mit 63 Jahren abschlagsfrei in Rente gehen zu können, wenn sie 45 Jahre in die Rentenkasse eingezahlt haben. Später soll es analog zur Anhebung des Renteneintrittsalters auf 67 Jahre mit 65 Jahren möglich sein, abschlagsfrei in Rente zu gehen. Dabei sollen auch Zeiten berücksichtigt werden, in denen Arbeitslosengeld und andere Entgeltersatzleistungen (wie z. B. auch Schlechtwettergeld) bezogen worden sind. Nicht einbezogen werden Dauer- und Langzeitarbeitslosigkeit.

Markus Paschke, neu gewählter SPD-Abgeordneter aus Niedersachsen und Mitglied im Ausschuss für Arbeit und Soziales, wies darauf hin, wie wichtig die abschlagsfreie Rente mit 63 Jahren für die Beschäftigten z. B. in der Pflege oder für Schweißer sei – die häufig nicht bis zum 67. Lebensjahr arbeiten könnten.

Die Erziehungsleistung von Müttern oder Vätern, deren Kinder vor 1992 geboren wurden, soll in der Rente mit einem zusätzlichen Entgeltpunkt stärker berücksichtigt werden. Außerdem sollen Beschäftigte, die aus gesundheitlichen Gründen nur noch vermindert oder gar nicht mehr arbeiten können, besser gestellt werden. Es werden zwei zusätzliche Jahre mit ihrem Durchschnittseinkommen für die Erwerbsminderungsrente anerkannt. Zudem sollen die Reha-Leistungen der Rentenversicherung zur Vermeidung von Frühverrentungen verbessert werden.

Finanzierung des Rentenpakets auch nach 2017 absichern.

Gedanken über die Zukunft

Carola Reimann hob in der Debatte hervor, dass die bessere Anerkennung von Erziehungsleistung vom Prinzip her eine versicherungsfremde Leistung sei, die eigentlich aus Steuergeldern finanziert werden sollte, doch der Kompromiss mit der Union sehe zunächst eine Finanzierung aus den Rentenbeiträgen vor. Dies sei jetzt auch möglich, weil in der Rentenkasse entsprechende Spielräume bestünden.

Reimann betonte jedoch, dass es eine gute Ministerin ausmache, sich über die nächste Bundestagswahl hinaus Gedanken über die Finanzierung zu machen. Denn



Bundessozialministerin Andrea Nahles will bereits im Gesetzentwurf verankern, dass zur Finanzierung der besseren Anerkennung von Kindererziehungszeiten von 2018 an Steuermittel bereitgestellt werden müssten. Das hatte auch die frühere Arbeits- und Sozialministerin Ursula von der Leyen im November 2013 im Bundestag angekündigt. Gibt es keinen höheren Steueranteil vom Bund, besteht die Gefahr, dass die Rentenbeiträge von 2018 an auf mehr als 22 Prozent erhöht werden müssten.

BILDUNG

Pisa-Studie: Es geht um die Frage, ob das Leben offen ist

Die SPD werde sich nicht damit abfinden, dass in Deutschland Bildung noch immer vom sozialen Hintergrund abhängt, erklärte Fraktionsvize Hubertus Heil am Donnerstagmorgen in der Debatte zur Pisa-Studie. Mit flächendeckender frühkindlicher Bildung, Schulsozialarbeit und Ganztagschulen will die SPD-Bundestagsfraktion die Weichen stellen für Chancengleichheit.

Am Donnerstagmorgen haben die Abgeordneten des Bundestags über die Ergebnisse der OECD-Studie "Pisa 2012: Schulische Bildung in Deutschland besser und gerechter" debattiert. Der Studie zufolge lagen die Leistungen von Schülerinnen und Schülern in Deutschland erstmals in allen Testbereichen deutlich über dem OECD-Durchschnitt. Deutschland gehört damit zu den wenigen Staaten, der sich seit den ersten Pisa-Erhebungen kontinuierlich verbessert hat.

Hubertus Heil, stellvertretender Fraktionsvorsitzender der SPD, beurteilte diese Erfolge nüchtern. Der soziale Hintergrund unterscheide immer noch zu stark über Bildungs- und Lebenschancen von Kindern. „Damit werden die Sozialdemokraten sich nicht abfinden“, so Heil. Deutschland müsse erst noch zu einer Bildungsrepublik werden, in der lebensbegleitendes Lernen zum Standard werde und Aufstieg durch Bildung für viele Menschen zum Erfolgsmodell werden könne. Pisa habe gezeigt, „dass Chancengleichheit und Leistungsstärke keine Gegensätze sind, sondern wechselseitige Bedingungen“, so erklärte Heil den Einsatz der SPD für gerechte Bildungschancen für alle Kinder von Anfang an. „Es geht um die Frage, ob das Leben offen ist“, sagte Heil. Daher sei Bildung nicht nur eine Frage der Gerechtigkeit, sondern auch der Freiheit.



Die Koalition aus SPD und Union hat sich vorgenommen, künftig mehr in Bildung zu investieren. Die Kommunen sollen vom Bund vor allem beim Krippenausbau unterstützt werden, kündigte Heil an. -

Mädchen für technische Fächer begeistern

Daniele de Ridder hielt heute ihre erste Rede im Bundestag. Die Abgeordnete aus Niedersachsen formulierte als Ziel des Bildungssystems, „allen Kindern die gleichen Chancen zu bieten“. Sie sieht Lösungsansätze für „echte Chancengleichheit“ vor allem in der frühkindlichen Bildung. Kitas bräuchten insbesondere eine gute Personalausstattung und müssten kostenfrei sein, damit Bildung unabhängig vom Einkommen der Familien sein könne. De Ridder verwies zudem auf die Herausforderung, in Schulen auf die unterschiedlichen Lernerfolge von Mädchen und Jungen zu reagieren und geschlechtersensibel zu unterrichten. „Es muss uns gelingen, Mädchen für die Mint-Fächer zu begeistern (technische Fächer), sagte die Abgeordnete mit Blick auf den Fachkräftemangel.

Wie seine Vorredner beurteilte der Abgeordnete Karamba Diaby die Ergebnisse der Pisa-Studie sachlich und kritisch. Dass Kinder aus Einwandererfamilien aufholten, sei ein Erfolg. Dennoch müssten in der Bildungspolitik die Ärmel hochgekrempelt werden. Für Diaby stehen drei Maßnahmen im Zentrum, um mehr Chancengleichheit zu ermöglichen: gute Ganztagschulen, Schulsozialarbeit und der flächendeckende Ausbau der Kinderbetreuung. „Schule heißt Talente entdecken und Fähigkeiten fördern“, so Diaby. Der neue SPD-Abgeordnete aus Halle (Saale) ergänzte, er stehe heute im Bundestag, weil er in seinem Leben immer wieder eine Chance erhalten habe. Diese Chancen sollten keinem Kind verwehrt bleiben.